

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 25.09.2008
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt
Eckart Ballenthin	Stadtlohn
Bernd Bense	Schöppingen
Hubert Bestert	Südlohn
Barbara Büscher	Stadtlohn
Karlheinz Busen	Gronau
Heidi Buskase	Gronau
Roman Cebaus	Stadtlohn
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Martin Dirking	Velen
Dietmar Eisele	Ahaus
Manfred Epping	Schöppingen
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Sven Gabbe	Gronau
Magdalene Garvert	Rhede
Heinz Gerwens	Borken
Veronika Giesing	Isselburg
Hermann Horstick	Gescher
Hans Hund	Bocholt
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Anne König	Borken
Bernhard Krasenbrink	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Paul Lensing	Borken
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Klaus Meyermann	Bocholt
Gerda-Marie Möller	Reken
Josef Osterhues	Ahaus
Hans Theo Peschkes	Bocholt
Dorothee Pieper	Gronau
Stephanie Pohl	Gescher
Uta Röhrmann	Bocholt
Maja Saatkamp	Borken
Rudolf-Josef Schmitz	Heek
Werner Schnappenberger	Borken

Bernd Schöning	Stadtlohn
Markus Schulte	Gronau
Ursula Schulte	Vreden
Friedel Sebastian	Raesfeld
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Soebbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Gerhard Temminghoff	Vreden
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnes	Heiden
Bernhard Völkering	Gronau
Gabriele Wahle	Ahaus
Heinrich Weddeling	Südlohn
Friedhelm Weikamp	Rhede
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

Es fehlen entschuldigt:

Markus Jasper	Heek
Gerhard Ludwig	Borken
Johannes Maus	Velen
Bernd Schlipsing	Vreden
Holger Weiß	Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing

Gast:

Dr. Elisabeth Schwenzow Geschäftsführerin der Flugplatz Wenningfeld GmbH

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Kreistagsmitglieder dem verstorbenen früheren Ltd. Kreisbaudirektor und Geschäftsführer der Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH, Herrn Thomas Holzschneider, in einer Schweigeminute.

Landrat Gerd Wiesmann stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, die Tagesordnung für die heutige Sitzung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidung nach § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag im nichtöffentlichen Teil um den Punkt 13 „Verkauf von Grundstücken an den Zweckverband Industriepark A 31 Legden/ Ahaus“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Einwohnerfrage vor.

Punkt 2: Änderungsnotwendigkeiten und -potentiale bei der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (EGW)

- **Vorlage: 0232/2008**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008**
Vorlage: 0235/2008
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 17.09.2008**
Vorlage: 0243/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2008**
Vorlage: 0222/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 08.09.2008**
Vorlage: 0233/2008
 - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 20.08.2008**
Vorlage: 0200/2008
-

Berichtersteller/in:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper
Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. erklärt, die SPD-Fraktion halte an ihrem Antrag fest, dass BDO mehrere Szenarien zur künftigen Rechtsform und Struktur der EGW aufzeigen solle. Das Anliegen sei kein babylonisches Gewirr, wie die Junge Union jüngst in der Presse kritisiert habe. Für die Entscheidung, welches die für die EGW beste Gesellschaftsform sei, sei eine gründliche Prüfung der Alternativen wichtig. Ihre Fraktion habe die BDO in der vergangenen Kreistagssitzung im Übrigen so verstanden, dass die Politik den Rahmen für weitere Überlegungen zur Struktur der EGW festlegen solle. Dem Antrag der CDU-Fraktion

zur Zusammensetzung des EGW-Aufsichtsrates könne ihre Fraktion nicht zustimmen, da dann alle kleineren Parteien mit Ausnahme der UWG-Fraktion nicht im Aufsichtsrat vertreten wären. Die vorgeschlagene Regelung zur Zusammensetzung der EGW-Gesellschafterversammlung befürworte sie. Die Doppelfunktion des Kreistagsabgeordneten Hund, der sowohl Mitglied des EGW-Aufsichtsrates als auch der EGW-Gesellschafterversammlung sei, halte sie für bedenklich.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R. betont, die Rechtsform der EGW sei für die verlustreichen Zinsgeschäfte nicht verantwortlich. Entscheidend sei künftig, die Geschäfte der EGW transparenter zu gestalten und besser zu kontrollieren. Verluste durch spekulative Zinssicherungsgeschäfte seien ein in Kommunen weit verbreitetes Problem, vor dem die kommunalen Verbände nicht gewarnt hätten. Im Gegenteil sei für entsprechendes Handeln sogar der „Speyer-Preis“ ausgelobt worden. Eine Zusammensetzung der EGW-Gesellschafterversammlung auf Basis der Mehrheitsverhältnisse im Kreisausschuss befürworte er grundsätzlich. Allerdings spreche er sich dafür aus, die Besetzung im Hinblick auf einen größtmöglichen Sachverstand nicht auf die Kreisausschussmitglieder zu beschränken. Er beantrage daher, den § 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der EGW vom 28.06.2004 wie folgt neu zu fassen:

„Die Gesellschafterversammlung besteht, solange der Kreis Borken alleiniger Gesellschafter ist, aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Kreisausschusses. Die Fraktionen können auf Antrag anstelle eines stimmberechtigten Mitglieds des Kreisausschusses ein anderes Kreistagsmitglied benennen.“

Im Hinblick auf die Zusammensetzung des EGW-Aufsichtsrates müsse ein Kompromiss gefunden werden, der eine Beteiligung der kleineren Fraktionen ermögliche. Er beantrage, den § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der EGW vom 28.06.2004 wie folgt neu zu fassen:

„Der Aufsichtsrat besteht aus 9 vom Kreistag bestellten Mitgliedern. Der Kreis Borken entsendet 9 Mitglieder, von denen 8 vom Kreistag gewählt werden, und den Hauptverwaltungsbeamten oder eine/n von ihm benannte/n Vertreter/in. Die nicht im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen können ein beratendes Mitglied benennen.“

Kreistagsabgeordnete Welper teilt mit, der Antrag ihrer Fraktion ziele auf eine größere Transparenz und auch auf eine Beteiligung der kleineren Fraktionen. Die Änderung der CDU-Fraktion im Hinblick auf die Zusammensetzung der EGW-Gesellschafterversammlung sei sinnvoll. Bei der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zur Zusammensetzung des EGW-Aufsichtsrates werde sich ihre Fraktion enthalten. Zum Einen könne sie die fehlende Beteiligung der kleineren Fraktionen nicht unterstützen. Zum Anderen könne sie aber die Schwierigkeiten der CDU-Fraktion mit einer Regelung über Grundmandate nachvollziehen. Auch die Idee, den Sachverstand im EGW-Aufsichtsrat zu erhöhen, befürworte sie.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin erläutert, mit dem Antrag der CDU-Fraktion werde zunächst allein die Größe des EGW-Aufsichtsrates auf acht Mitglieder zuzüglich des Hauptverwaltungsbeamten festgelegt. Bei der Wahl der Mitglieder sei es den Kreistagsfraktionen überlassen, Listenverbindungen einzugehen. Die von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Regelung über Grundmandate verletze den Grundsatz, nach dem die Mehrheitsverhältnisse in Gremien denen des Entsendegremiums entsprechen müssten. Dies habe das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil festgelegt.

Kreistagsabgeordneter Schöning führt aus, dieses Urteil beziehe sich allein auf politische Gremien und gelte hier ausdrücklich nicht. Er unterstütze daher eine Regelung über Grundmandate. Alternativ könne der EGW-Aufsichtsrat vergrößert werden. Dem Antrag der CDU-Fraktion zur EGW-Gesellschafterversammlung könne er zustimmen. Durch die Vorlage der Verwaltung habe sich der Antrag der SPD-Fraktion zur Rechtsform der EGW erledigt. Die Problematik sei überdies nicht auf die Rechtsform, sondern auf handelnde Personen zurückzuführen. Bei dem Antrag seiner Fraktion auf Veräußerung von Gesellschaftsanteilen

der EGW sei ihm wichtig, dass beteiligte Dritte nicht nur Rechte erhielten, sondern auch in die Pflicht genommen würden.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn fragt, wann die CDU-Fraktion die Änderungen zu den EGW-Gremien umsetzen möchte. Darüber hinaus sei es bedauerlich, dass die Verwaltung in ihrer Vorlage bereits die Richtung vorgegeben habe. Sie frage sich, inwieweit ein Konzept der BDO noch nötig sei, wenn die GmbH als Rechtsform feststehe.

Kreistagsabgeordneter Tönnies antwortet, der Umsetzungszeitpunkt sei abhängig von den weiteren Arbeiten von BDO und LLR und könne derzeit noch nicht festgelegt werden. Die CDU-Fraktion habe sich über die Rechtsform der EGW eigene Gedanken gemacht und die größten Vorteile bei einer GmbH gesehen.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, die Überlegungen der Verwaltung seien dem Kreistag als Basis für eine eigene Entscheidung vorgelegt worden. Er schlage vor, heute zunächst die grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen, damit an der gesellschaftsvertraglichen Ausgestaltung weitergearbeitet werden könne. Er stellt hierüber Einvernehmen fest und lässt sodann zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, **Vorlage 0235/2008** abstimmen:

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
44 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über **Nummer 1** des CDU-Antrages, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss: 43 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

Der Kreistag bestätigt die bisherige Gesellschaftsform der EGW; die EGW wird als GmbH weitergeführt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt anschließend über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0222/2008** abstimmen:

Beschluss: 3 Ja-Stimmen
53 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt danach über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0233/2008** abstimmen:

Beschluss: 3 Ja-Stimmen
53 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt danach über den **mündlichen Antrag der UWG-Fraktion** zur Zusammensetzung der **Gesellschafterversammlung** abstimmen:

Beschluss: 6 Ja-Stimmen
 46 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über **Nummer 2 a)** des CDU-Antrages als Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen in den künftigen Gesellschaftsvertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH aufzunehmen:

§ 6 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Die Gesellschafterversammlung besteht, solange der Kreis Borken alleiniger Gesellschafter ist, aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Kreisausschusses (§§50ff. KrO NRW).

Die interne Willensbildung der Gesellschafterversammlung richtet sich nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen über die Abstimmung in kommunalen Ausschüssen gemäß §§ 41 Abs. 4 Satz 1, 35 Abs. 1 Kreisordnung NW

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über **Nummer 2** des Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, **Vorlage 0200/2008**, abstimmen:

Beschluss: 26 Ja-Stimmen
 30 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt danach über den **mündlichen Antrag der UWG-Fraktion** zur Zusammensetzung des **Aufsichtsrates** abstimmen:

Beschluss: 18 Ja-Stimmen
 30 Nein-Stimmen
 8 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt schließlich über **Nummer 2 b)** des CDU-Antrages, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss:

32 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen in den künftigen Gesellschaftsvertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH aufzunehmen:

§ 9 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 vom Kreistag bestellten Mitgliedern. Der Kreis Borken entsendet 9 Mitglieder, von denen 8 vom Kreistag gewählt werden, und den Hauptverwaltungsbeamten oder eine/n von ihm benannte/n Vertreter/in.

Punkt 3: Bürgschaft zu Gunsten der EGW zur Errichtung eines Bauhofes in Gescher/Estern
Vorlage: 0231/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss:

53 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Der Kreistag stimmt der Gewährung der Bürgschaft zu Gunsten der EGW zu.

Punkt 4: Flugplatz Wenningfeld GmbH
Vorlage: 0224/2008

Berichterstatter/in: Landrat Gerd Wiesmann
Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Landrat Gerd Wiesmann stellt Frau Dr. Elisabeth Schwenzow als neue Geschäftsführerin der Flugplatz Wenningfeld GmbH vor, die die Weiterentwicklung des Flugplatzes durch ihre Tätigkeit bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG) bereits begleitet habe. Die Grunderwerbsproblematik hinsichtlich des Ausbaus der Start- und Landebahn sei in einem Gespräch mit Landesverkehrsminister Oliver Wittke erörtert worden. Daraufhin prüfe das Ministerium jetzt, welche Möglichkeiten im Rahmen einer eingeschränkten Betriebserlaubnis bestünden, mit dem Ausbau nun möglichst zügig zu beginnen, ohne im Besitz sämtlicher Grundstücke zu sein. Langfristig sei weiterhin der Erwerb aller Grundstücke geplant. Ein vorheriger Baubeginn stärke die Basis für weitere Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern. Die Anfragen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion würden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet.

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt, nach der Berichterstattung in der Presse werde der Ausbau insgesamt 7,2 Mio. EUR kosten. Über den ursprünglichen Beschluss im Jahr 2004 sei ein Kostenvolumen von 5 Mio. EUR zuzüglich 10 % gedeckt. Die Kostenerhöhung sei politisch nicht beschlossen worden.

Landrat Gerd Wiesmann entgegnet, eine entsprechende Genehmigung sei anderthalb Jahre nach dem Erstbeschluss erfolgt.

Kreistagsabgeordneter Schöning teilt mit, er nehme den Antrag der FDP-Fraktion aufgrund der in der Sitzung des Kreisausschusses erfolgten Diskussion zurück. Einem Bericht in der örtlichen Presse habe er entnommen, dass Frau Dr. Schwenzow künftig ebenfalls Geschäftsführerin der Flugplatzbetriebsgesellschaft werden solle. Er fragt, ob die Geschäftsführertätigkeiten neben der Tätigkeit bei der WFG erfolgen sollen.

Landrat Gerd Wiesmann antwortet, hierüber werde mit der WFG zu verhandelt, um eine mögliche Überbelastung zu vermeiden.

Auf Nachfragen der Kreistagsabgeordneten Schulte, U. erläutert Landrat Gerd Wiesmann, für den Grunderwerb seien bislang 2,3 Mio. EUR verausgabt worden. Zwar sei der Kreistag nicht mit dem Ankauf der Flächen selbst befasst worden. Dieser erfolgte aber in dem vom Kreistag beschlossenen Rahmen. Einen Zeitplan für den schlechtesten Fall einer Enteignung gebe es nicht. Die Grundstückseigentümer seien grundsätzlich zu einem Verkauf bereit, hätten jedoch aus Sicht des Kreises Borken unangemessene Preisvorstellungen.

Landrat Gerd Wiesmann betont auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Busen, der Kreis Borken kenne die Preise für landwirtschaftliche Flächen sehr wohl. Es gehe nicht darum, jemanden zu betrügen.

Kreistagsabgeordneter Weddeling erklärt, die Einstellung der UWG-Fraktion gegen den Ausbau des Flugplatzes sei bekannt. Bis heute habe er weder von der Wirtschaft, noch aus der Bevölkerung kritische Stimmen vernommen, dass der Ausbau sich verzögere.

Auf Nachfragen des Kreistagsabgeordneten Eisele antwortet Landrat Gerd Wiesmann, insgesamt seien bislang Flächen in einer Größe von 19 ha, darunter auch Tauschflächen, erworben worden. Damit sei das Flächenziel des Grunderwerbsplanes von 18 ha erreicht. An entscheidenden Stellen müssten allerdings noch kleine Flächen erworben werden. Die Gründe für die Verzögerung des geplanten Gewerbegebietes Stadtlohn und Vreden sei den Städten bekannt, da sie in die Entwicklung eingebunden seien. Die Entwicklung des Flugplatzes im niederländischen Twente sei noch völlig unklar. In keinem Fall werde er jedoch in Konkurrenz zum Flugplatz Stadtlohn-Vreden stehen. Die Ausnahmegenehmigung werde so gestaltet, dass weitere Zeit für den geplanten Erwerb der Restflächen eingeräumt werde. Letztlich müsse zeitlich auch ein Enteignungsverfahren eingeplant werden, auf das er aber nicht hoffe.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Fischer erklärt Landrat Gerd Wiesmann, die genaue Ausgestaltung der eingeschränkten Betriebserlaubnis stehe noch nicht fest. Erforderlich sei auf jeden Fall eine geringere Sicherheitszone, wodurch allerdings für etwa 10 % der Flugzeuge die Landeerlaubnis entfielen. Die Wirtschaft bekunde durchaus weiterhin Interesse an dem Flugplatzausbau.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. führt aus, das Hauptargument für den Ausbau des Flugplatzes sei stets der Standortvorteil für die heimische Wirtschaft gewesen. Die fehlende Reaktion der Wirtschaft auf den verzögerten Baubeginn sei tatsächlich ein Anlass den einst gefassten Beschluss zu überdenken. Sie halte das Vorhaben mittlerweile für eine Verschwendung öffentlicher Mittel.

Landrat Gerd Wiesmann erwidert, er sei anderer Ansicht. Es handle sich um ein langwieriges, schwieriges Geschäft, in dem Ausdauer erforderlich sei. Von der Sache her sei er weiterhin überzeugt. Er hoffe auf eine Realisierung bis zum Ende der Wahlperiode.

Die Frage des Kreistagsabgeordneten Temminghoff, R., ob die Verlängerung der Landebahn ausschließlich für den Geschäftsreiseverkehr erforderlich sei, bejaht Landrat Gerd Wiesmann.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Fischer erklärt Landrat Gerd Wiesmann, die Einwände aus der niederländischen Region Twente müssten von der Bezirksregierung Münster bearbeitet werden. Dies sei bisher nicht geschehen.

Der Kreistag nimmt im Übrigen den Sachstandsbericht zur Situation am Flugplatz Stadtlohn-Vreden – ergänzt um Erläuterungen im nicht-öffentlichen Teil der Kreisausschuss-/Kreistagssitzung – zur Kenntnis.

Punkt 5: Verschmelzung Aktion Münsterland e.V. und MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V.

- **Vorlage: 0197/2008**
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2008**
Vorlage: 0228/2008
-

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordnete Saatkamp teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN befürworte den Zusammenschluss. Die Differenzierung zwischen stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern im Vorstand halte sie weiterhin für nicht erforderlich.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erklärt, diese Regelung sei mehrfach diskutiert worden. Die Unterscheidung werde sich kaum auf die praktische Arbeit auswirken.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, die Entscheidung über den Flughafen Münster-Osnabrück als Standort der Geschäftsstelle sei bereits im vergangenen Jahr getroffen worden. Der Standort verspreche eine Signalwirkung.

Der Kreistag nimmt im Übrigen den Sachstandsbericht über die Gründung des Vereins Münsterland e.V. durch Verschmelzung der Vereine Aktion Münsterland e.V. und MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. zum 01.01.2009 zur Kenntnis.

Punkt 6: Förderung des Projekts "Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels"

Vorlage: 0225/2008

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann
Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Landrat Gerd Wiesmann stellt im Hinblick auf die Anspielung der Presse zum Buffet bei der Abschlussveranstaltung des Projektes „Starke Unternehmen – Starke Region“ am 18.09.2008 klar, dass die Teilnehmer einen Kostenbeitrag von je 25 EUR gezahlt hätten.

Kreistagsabgeordnete Möller erklärt, die UWG-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Bei einer jüngst erfolgten Online-Befragung zu unternehmensrelevanten Aspekten des demographischen Wandels, hätten von 1.500 befragten Unternehmen lediglich 4 % geantwortet. Die geringe Beteiligung sei wohl auf fehlendes Bewusstsein oder auf mangelndes Interesse der Wirtschaft zurückzuführen. Zwar sei es wichtig, Interesse für die Thematik zu wecken. Die Themenfelder müssten aber von den Betrieben selbst abgearbeitet werden. Darüber hinaus halte sie es für problematisch, wenn Kommunen oder Kreise als Ausfallbürgen für das Land oder den Bund einsprängen.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. teilt mit, insbesondere im letzten Punkt unterstütze sie ihre Vorrednerin. Die Unternehmen müssten die Problematik des demographischen Wandels als bedeutendes, aktuelles Thema auch erkannt haben. Der demographische Wandel sei ein schleichender Prozess. Es sei die ureigene Aufgabe der Unternehmen sich hierauf langfristig einzustellen. Die enormen, für die Weiterführung des Projektes vorgesehenen Gelder

könnten auch für die Wirtschaft effektiver eingesetzt werden, z.B. für die besondere Förderung bildungsferner Kinder. Daher könne ihre Fraktion der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Kreistagsabgeordnete Welper erläutert, sie halte es schon für die Aufgabe des Kreises, Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Bei mangelndem Interesse der Wirtschaft sei es umso erforderlicher, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Wegen der geringen Vorbereitungszeit, der mangelnden Darstellung von Alternativen zur Finanzierung sowie einem fehlenden Bericht über das jetzt abgeschlossene Projekt sehe sie sich aber nicht in der Lage jetzt über die Weiterführung zu entscheiden.

Kreistagsabgeordnete Kerkhoff gibt zu Bedenken, ein geringer Rücklauf bei der Online-Befragung könne auch bedeuten, dass die Unternehmen keine Zeit hätten, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Die Herausforderungen des demographischen Wandels seien zudem die ureigenste Aufgabe aller regionalen Akteure.

Kreistagsabgeordneter Schnappenberger führt aus, der demographische Wandel biete nicht nur viel Schatten, sondern auch viel Licht. So verbesserten sich die beruflichen Perspektiven für Lehrstellensuchende, für Frauen, die zurück in den Beruf kehren möchten, und für Ältere. Der erforderliche Umbau der Gesellschaft werde neue Arbeit generieren. Die Sozialbudgets würden entlastet. Allerdings erforderten solch komplizierte Prozesse eine besondere Gestaltung.

Kreistagsabgeordneter Hund betont, für Kleinst- und kleinere Betriebe seien die Herausforderungen des demographischen Wandels schwierig umzusetzen, weshalb sie auf Hilfe besonders angewiesen seien.

Kreistagsabgeordneter Schöning teilt mit, die FDP-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Während die Großfirmen die Thematik bereits angingen, würden die kleineren Betriebe sich erst damit beschäftigen, wenn akute Probleme auftreten. Die Bestrebungen u.a. der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der WFG, die auch eine besondere Nähe zu den Unternehmen hätten, seien ausreichend. Wenn diese Institutionen, die alle Mitglieder des Vereines Netzwerk Westmünsterland e.V. seien, eine weitere Notwendigkeit sähen, würden sie sich auch kümmern. Daher sei die Initiative und die finanzielle Unterstützung durch den Kreis Borken völlig unbegreiflich.

Kreistagsabgeordneter Fischer erklärt, einer Unterstützung von Unternehmen stehe die SPD-Fraktion immer positiv gegenüber. Die vorliegende Vorlage sei jedoch inszeniert. Die Unternehmen wüssten um die Problematik. Er verspreche sich von dem Projekt keine größeren, messbaren Erfolge.

Kreistagsabgeordneter Völkering ist mit der Zielstellung des Projektes einverstanden. Er bitte allerdings derartige Vorlagen künftig konkreter und verständlicher zu formulieren.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert, er empfinde die Diskussion als ziemlich defensiv. Wichtig sei das Thema offensiv, als Chance für die Region anzugehen. Das Bewusstsein der Unternehmen müsse verändert werden, damit die Region im Wettbewerb weiter Erfolg haben werde. Der Kreistag müsse sich auch um dieses Thema kümmern, genau wie um die Ausbildung bildungsferner Kinder. Das Netzwerk koordiniere die vielfältigen Bemühungen aller beteiligten Institutionen, binde Kräfte und sei daher erfolgversprechend.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R. unterstreicht, im Handwerk fehlten hochqualifizierte Beschäftigte. Das Ergebnis der bisherigen Bemühungen sei enttäuschend. Viele große Unternehmen bildeten nicht aus, sondern würden die Beschäftigten von kleineren Betrieben abwerben.

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den in der Sitzung des Kreisausschusses geändert gefassten Beschluss hin und lässt über diesen abstimmen:

Beschluss: 30 Ja-Stimmen
 26 Nein-Stimmen

In Zusammenarbeit mit dem Verein Netzwerk Westmünsterland e.V. wird das Demographie-Projekt „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“ für den Zeitraum 01.10.2008 - 30.09.2011 weiter durchgeführt.

Der Kreistag erhält zum Stichtag 01.04.2009 einen Zwischenbericht und zum Stichtag 30.09.2011 einen Abschlussbericht und einen weiteren Zwischenbericht.

Punkt 7: Errichtung von Photovoltaikanlagen
Vorlage: 0212/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreistagsabgeordneter Eisele zeigt sich über die aktuelle Entwicklung im Kreis Borken sehr erfreut. Er danke der Verwaltung, die ihre Arbeit gut erledigt habe. Für die Umsetzung wünsche er sich einen Konsens und sei diesbezüglich zuversichtlich.

Kreistagsabgeordneter Horstick erklärt, der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen werde sich in seiner Sitzung im Januar 2009 mit den Lösungen aus den Haushaltsberatungen auseinandersetzen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag nimmt den Bericht der Verwaltung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern kreiseigener Gebäude zur Kenntnis. Über die Umsetzung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 entschieden.

Punkt 8: Zuwendungsbericht für den Kreis Borken für 2007
Vorlage: 0204/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Der Kreistag nimmt den Zuwendungsbericht des Kreises Borken für 2007 zur Kenntnis.

Punkt 9: Resolution des Kreistages zum Entwurf des neuen Sparkassengesetzes
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008
Vorlage: 0234/2008

Berichterstatter/in: stv. Fraktionsvorsitzender Hans Theo Peschkes
 Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordnete Schulte, U. teilt mit, sie habe den Vorwurf des Kreistagsabgeordneten Schöning in der Sitzung des Kreisausschusses, die Resolution sei inhaltlich weitgehend falsch, überprüft. Die Darstellung der SPD-Fraktion werde von Experten geteilt.

Kreistagsabgeordneter Schöning entgegnet, seinem Vortrag habe eine Ausarbeitung der Kanzlei Dr. Redeker und Partner in Bonn zum neuen Sparkassengesetz zu Grunde gelegen. Die im Antrag genannten Punkte eigneten sich sehr wohl für eine sachliche, seriöse Diskussion. Er bitte Herrn Peschkes, sich für eine Änderung der Regelung zu den Verwaltungsräten einzusetzen.

Kreistagsabgeordneter Peschkes berichtet, während der Anhörung habe eine große Mehrheit ein vernichtendes Urteil gesprochen. Herr Dr. Redeker habe den jetzt diskutierten Gesetzentwurf formuliert.

Kreistagsabgeordneter Schöning wundere sich, da Herr Dr. Redeker in seiner Stellungnahme nicht nur auf Probleme des Gesetzentwurfs hinweise, sondern ihn in einigen Punkten gar für verfassungswidrig erkläre.

Kreistagsabgeordneter Weikamp erklärt, als Organmitglied der Sparkasse Westmünsterland habe er sich in den Gremien mit dem Gesetzentwurf befasst. Im Verwaltungsrat sei ein einstimmiger Beschluss über Lücken des Gesetzes gefasst worden. Im Rahmen der Anhörung im Landtag habe sich eine große Mehrheit dringend dafür ausgesprochen, das Gesetz in seiner jetzigen Form nicht zu verabschieden. Die CDU-Fraktion solle ihrer Verantwortung hier vor Ort gerecht werden und alles Mögliche tun, um das Gesetz zu verbessern.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R. gibt an, der Nutzen von Resolutionen lasse sich zwar grundsätzlich in Frage stellen. Dennoch werde die UWG-Fraktion hier zustimmen.

Beschluss: 23 Ja-Stimmen
 32 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- Punkt 10: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien**
- **Vorlage: 0208/2008**
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2008**
Vorlage: 0199/2008
 - **Antrag der UWG-Fraktion vom 03.09.2008**
Vorlage: 0223/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2008**
Vorlage: 0227/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 17.09.2008**
Vorlage: 0242/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
 Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies
 Fraktionsvorsitzender Heinrich Weddeling
 Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über die **Vorlage: 0208/2008** der Verwaltung abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Hans-Georg Zurhausen als Mitglied in den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Borken:

Paul Geuting

Weseler Landstr. 75

46325 Borken

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion, **Vorlage 0199/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Herr Arno Berning, Freiter Pättken 21, 46348 Raesfeld wird zum stellvertretenden Beisitzer in den Wahlausschuss für die Kreistags- und Landratswahl 2009 gewählt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der UWG-Fraktion, **Vorlage 0223/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Umbesetzung in den nachfolgend aufgeführten Gremien wird zugestimmt.

1. Kreisausschuss

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Heinrich Weddeling

Stellvertreter:
Herr Richard Temminghoff

2. Ältestenrat

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Heinrich Weddeling

Stellvertreter:
Herr Richard Temminghoff

3. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Regionale 2016

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Richard Temminghoff

4. Wirtschaftsforum

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperbaum

Neues Mitglied:
Frau Anglika Dannenbaum

5. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH - Aufsichtsrat

Ausscheidendes stellvertr. Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues stellvertr. Mitglied:
Frau Angelika Dannenbaum

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0227/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt, dass Herr Guido Pasedag, Nordstraße 60, 46399 Bocholt, als sachkundiger Bürger und Nachfolger von Herrn Peter Wahl zum stellvertretenden Mitglied in den Fachausschuss für Verkehr und Bauwesen gewählt wird.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0242/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt, dass weiteres stellvertretendes Mitglied im Fachausschuss für Verkehr und Bauwesen Herr Wolfgang Klein, Bussard-Weg 13, 48683 Ahaus, wird.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung**Anlage bei der deutschen Filiale der amerikanischen Investmentbank "Lehmann Brothers"**

Kreisdirektor Werner Haßenkamp teilt mit, der Kreis Borken habe im Frühjahr bei der deutschen Filiale der insolventen amerikanischen Investmentbank „Lehmann Brothers“ Gelder angelegt. Es handle sich um 5. Mio EUR, die aber insgesamt über Einlage-sicherungsfonds abgesichert seien.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Ahold erklärt Kreisdirektor Werner Haßenkamp, es handle sich nicht um ein Zertifikat, sondern um eine Festgeldanlage mit einer Laufzeit von sechs Monaten. Der genaue Umgang mit Finanzrisiken sei ein Thema des Rechnungsprüfungsausschusses.

Kreistagsabgeordnete Welper fragt, warum der Kreis Borken Gelder bei internationalen Investmentbanken und nicht etwa bei der hiesigen Sparkasse anlege.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp antwortet, die Anforderung müsse sein, Gelder gewinnbringend, aber mit niedrigem Risiko anzulegen. Wichtig sei daher auch, Geldanlagen breit zu streuen.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Steiner stellt Kreisdirektor Werner Haßenkamp klar, dass auch die Zinsen zurückgezahlt würden.

Punkt 12: Anfragen

Punkt 12.1: Fortbildung Berufswahlorientierung

Kreistagsabgeordnete Seidensticker-Beining bittet um Klärung, warum eine Realschule in Borken die Einladung zu einer Fortbildung zur Berufswahlorientierung sowohl von Schulrätin Frau Becker als auch von Schulamtsdirektorin Frau Schwarz erhalten habe.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp sichert zu, der Sache nachzugehen.

Punkt 12.2: Zustand der Landstraße L 829

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R. bittet, mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW Kontakt aufzunehmen, um eine Verbesserung des baulichen Zustandes der Landstraße L 829 zu erreichen.

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues sichert zu, die Sanierungsabsicht des Landesbetriebes Straßenbau NRW für die L 829 zu erfragen.

Kreistagsabgeordneter Horstick erklärt, die Frage sei bereits im Regionalrat diskutiert worden. Es fehle an finanziellen Mitteln, da diese für neue Straßen gebunden seien.

Punkt 12.3: Fahrkartenautomaten/ NordWestBahn

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R. berichtet, an der Strecke der NordWestBahn von Borken nach Essen sei es sehr schwierig, Fahrkarten am Automaten zu lösen.

Kreistagsabgeordneter Horstick teilt mit, auch diese Frage sei im Regionalrat diskutiert worden. Die Fahrkartenautomaten führten zu allgemeinem Ärger. Derzeit sei allerdings keine praktikable Lösung in Sicht.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick erklärt, ganz aktuell gebe es hierüber Verhandlungen mit dem neuen Betreiber.

Punkt 12.4: Organisation des Verwaltungsvorstandes

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn teilt Kreisdirektor Werner Haßenkamp mit, die Stelle des persönlichen Referenten/ der persönlichen Referentin des Vorstandsbereiches 2 werde mit Frau Gausling besetzt.

Punkt 12.5: Dienststelle der Polizei in Ahaus

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Fischer erklärt Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, die Dienststelle der Polizei in Ahaus werde spätestens 2013 in einen Neubau umziehen. Es würden drei alternative Standorte intensiv diskutiert. Der Kreis Borken sei nicht Investor.

Ende des öffentlichen Teils